



EINBLICK

NACHRICHTEN AUS MEINEM WAHLKREIS UND BERLIN

IN DIESER AUSGABE:

Rechtsextremismus auch in der Region	2
Die Kommunalwahl kommt	2
Vier Tage in Berlin: BPA-Fahrt	3
Ständchen für den Abgeordneten: Der Männergesangverein Frohsinn zu Besuch in Berlin	3
Play Fair 2008: Eine Aktion gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie	4
Kein Geld für Extremisten!	4
Pressenachlese	5

Ein Viertel Jahrhundert SPD

Bei meinem Besuch beim monatlichen Politfrühschoppen des SPD-Ortsvereins Aitrach hatte ich am 27. April die besondere Ehre, Hermann Krause für 25 Jahre SPD-Mitgliedschaft auszuzeichnen. Für ein Vierteljahrhundert treuer Mitgliedschaft in der SPD und großes ehrenamtliches Engagement als Kassierer im SPD-Ortsverein Aitrach erhielt Hermann Krause im Gasthaus Rössle eine Ehrenurkunde der SPD und die silberne Ehrennadel der Bundes-SPD. Wie auch der Vorsitzende der Aitracher SPD Peter Beuter betonte, steht Hermann Krause für Engagement und Zuverlässigkeit. Gratulationen gab es dafür auch von Bürgermeister Thomas Kellenberger.



Martin Gerster MdB mit Hermann Krause

Der Politikfrühschoppen bot mir zudem Gelegenheit, zur aktuellen Bundespolitik Stellung zu nehmen. So kam beispielsweise die jüngst beschlossene außerordentliche Rentenerhöhung um 1,1 Prozent zur Sprache. Angesichts steigender Lebensmittelpreise und höherer Energiekosten ein wichtiges und notwendiges Signal an die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land. Eine weitere solche Notwendigkeit ist, dass wir uns in Sachen Mindestlöhnen gegen die Union durchsetzen. Denn dass viele trotz harter Arbeit nicht genug verdienen, um wenigstens einen niedrigen Lebensstandard halten zu können, ist weder sozial noch christlich. Dass Steuerzahler den von Unternehmern verweigerten gerechten Lohn ausgleichen müssen, können wir nicht länger hinnehmen.

In der Region machen wir Fortschritte bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur. Der Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke München – Memmingen – Zürich sowie der Südbahn von Ulm nach Lindau haben hier höchste Priorität. Auch mit dem Lückenschluss für die A 96 bei Gebrazhofen, dem Tunnelbau bei Amtzell für die B 32 sowie den Ortsumfahrungen Isny B 12 und Ravensburg-Süd B 30 haben wir in der Bundespolitik so einiges für den Landkreis Ravensburg bewirkt.



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,

im Sportjahr 2008 gehen wir auf die Zielgerade in Richtung der Fußball-EM und der Olympischen Spiele in Peking.

Sportereignisse wie die Olympiade haben immer auch eine politische Bedeutung. Die Auseinandersetzungen um den symbolträchtigen Fackellauf haben das nochmals deutlich gemacht.

Auch im Sportausschuss des Deutschen Bundestages haben wir intensiv über die Menschenrechtsfrage im Umfeld der Spiele diskutiert. Es fällt schwer zu entscheiden, wie den Interessen der unterdrückten Minderheiten und der Demokratisierung im Gastgeberland am besten gedient ist.

Unsere Sportlerinnen und Sportler stellen sich diese Fragen ebenfalls. Sie und wir müssen eigene Antworten finden. So wie Markus und Steffen Deibler. Ich bin stolz, dass mit ihnen zwei echte Biberacher im Kader unserer olympischen Schwimmer ins Rennen gehen.

Herzliche Grüße

Ihr

Rechtsextremismus auch in der Region

Musik-CDs mit volksverhetzenden Texten, verteilt an Schulhöfen. Rechtsradikale Parolen in Fußballstadien. Konzerte rechter Skinhead-Bands, getarnt als private Geburtstagsfeiern. So will die rechtsextreme Szene gezielt Menschen ansprechen, die für ihre Themen empfänglich sind. Da diese Strategie vor allem bei jungen Menschen verfängt, hatten mich die Meßkircher Jusos am 7. Mai eingeladen, über das Thema "Rechtsextremismus in der Region - Was können wir tun?" zu sprechen.

Rechtsextremismus ist schon lange kein Problem mehr, das nur die neuen Bundesländer betrifft. Allein in Baden-Württemberg gibt es zwischen 800 und 900 Skinheads, von denen ideologisch motivierte Übergriffe zu befürchten sind. In unserer Region sind Fried-

richshafen und Laupheim betroffen, wo es immer wieder von Aufmärsche und Konzerte rechtsradikaler Gruppierungen gab. Ohnehin zählt Württemberg zu den Hochburgen rechtsextremer Musik. Die Gegend um Meßkirch und Sigmaringen ist zwar im Vergleich zu anderen Orten eher unauffällig, aber auch hier tut sich was in der rechten Szene. So fand in unmittelbarer Nähe von Meßkirch im vergangenen Jahre ein Konzert rechtsextremistischer Bands statt, bei dem insgesamt mehr als 130 Personen aus der Szene vertreten waren.

Die NPD erhält immer mehr Zulauf, in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ist sie schon im Landtag vertreten. Und auch hier gibt es beängstigende Entwicklungen, da die Partei erschreckend oft als völlig normal ange-

sehen wird. Tatsache ist aber, dass die NPD und alle anderen ähnlich radikal motivierten Parteien und Gruppierungen versuchen, die Axt unsere demokratische Grundordnung anzulegen, die wir mühsam gemeinsam aufgebaut haben.

"Doch was kann ein normaler Bürger dagegen tun?", lautete eine Frage aus dem Publikum. Zunächst einmal: Demokratische Parteien wählen! Jeder, der nicht wählen geht, trägt in gewisser Weise dazu bei, dass zum Beispiel die NPD einen höheren Prozentsatz erreicht. Genauso wichtig ist es, Ohren und Augen offen zu halten und sich für ein gesellschaftliches Miteinander zu engagieren, damit Außenseiter von der Gesellschaft und nicht von extremen Gruppierungen aufgefangen werden.

Die Kommunalwahl kommt

Als Ortsvereine stehen wir vor der Aufgabe, die Kommunalwahlen im nächsten Jahr vorzubereiten. Hierzu hat der Landesverband der SPD einige Hilfestellungen erarbeitet. Bei der Aktivenkonferenz des SPD-Landesverbands am 26. April wurde jetzt das neue Handbuch der SPD Baden-Württemberg zur Kommunalwahl vorgestellt.

Nachdem schon im letzten Jahr ein Begleitheft zur Durchführung von Kommunalen Werkstätten

an die Ortsvereine verteilt wurde, ist nun ein Drehbuch für die Kommunalwahl 2009 fertig geworden.

Darin werden unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einreichung von Kommunalwahllisten durch die Ortsvereine erläutert. Zusätzlich finden sich sogenannte Checklisten für die Wahlen, Hinweise für die personelle Planung vor Ort, Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr.

Ein kleines Kapitel zu Spenden (auf neudeutsch: Fundraising) habe ich beigesteuert. Insgesamt finde ich, ist das Buch gut gelungen und gibt allen Ortsvereinen hilfreiche, kurz gehaltene und anschauliche Informationen über die Kommunalwahl.

Das Heft kann beim SPD-Landesverband in Stuttgart oder bei der Regionalgeschäftsstelle bestellt werden.



VIER TAGE IN BERLIN: BPA-FAHRT

Die Berlin-Fahrten des Bundespresseamtes sind immer wieder ein begehrtes Highlight. Vom 22. bis 25. April durften 50 Interessierte aus unserer Region einen kleinen Blick hinter die Kulissen der Berliner Politikbühne werfen und sich ein Bild meiner Arbeitswoche machen. Mit dabei: Wochenblatt-Chef Wolfgang Gröner und der Geschäftsführer von Radio Donau 3 FM, Carlheinz Gern sowie Radio-Moderator Harry Kist.

Ansonsten bestand die Gruppe aus zahlreichen Stadt- und Gemeinderäten der Region, unter anderem Gabi Kübler und Gitti Wölk, unseren Fraktionsvorsitzenden in Biberach bzw. Baienfurt sowie vielen ehrenamtlich Engagierten.

Besonders habe ich mich gefreut, dass Hans Schick seinen 80. Geburtstag im Deutschen Bundestag feierte und ich ihm ein von Peer Steinbrück handsigniertes Buch überreichen konnte. Wie es der Zufall wollte, ist der Finanzminister der Lieblingsspitzenpolitiker des Jubilars!

Auch mit dem Wetter hatte die Gruppe wirklich Glück: Strahlender Sonnenschein und angenehme Temperaturen: Perfekt, um zum Beispiel einen Tag in Potsdam im Schloss Sanssouci zu verbringen.

Gerne hätte ich mit einem der Teilnehmer getauscht, denn während ich das ganz normale „Berliner Programm“ absolvierte, also in Ausschüssen saß



Foto: Atelier Schneider, Berlin

und Termine wahrnahm, konnte die Gruppe durch die traumhaften Parklandschaften spazieren.

Insgesamt war es nach allen Rückmeldungen, die ich erhalten habe, eine wunderbare Reise. Schade nur, dass vier Tage längst nicht ausreichen, um Berlin wirklich kennen zu lernen.

STÄNDCHEN FÜR DEN ABGEORDNETEN - DER MÄNNERGESANGSVEREIN FROHSINN ZU BESUCH IN BERLIN

Das Dankeschön konnte sich hören lassen. Auf meine Einladung hin war der Männergesangsverein Frohsinn aus dem Wahlkreis nach Berlin gekommen. Dafür gab es ein Ständchen auf dem Dach des Reichstagsgebäudes.

Für die Mitreisenden gestalteten sich die Tage in der Hauptstadt wie eine Tour durch die Geschichte. Von den Kunstschätzen der Antike im Pergamonmuseum über die Prachtbauten aus der Ära Friedrichs des Großen ging es zum „Rosinenbomber“-Flughafen Tempelhof, dem Checkpoint Charly an der ehemaligen

Zonengrenze und dem berühmten DDR-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen. Vor allem diese Etappe, bei der die Unmenschlichkeit des SED-Regimes im Gespräch mit ehemaligen Häftlingen aus erster Hand erfahrbar wurde, ging unter die Haut.

Im Zuge einer Führung durch das Paul-Löbe-Haus, dem „Motor der Republik“, in dem die Ausschüsse des Bundestages tagen, kam auch die politische Gegenwart nicht zu kurz. So hatte ich die schöne Gelegenheit, mit meinen Gästen über die vielfältigen Eindrücke mei-

ner ersten zwei Jahre als Abgeordneter zu diskutieren.

Zur Sprache kamen auch Fragen der Rentenpolitik, die außenpolitische Lage und der Einfluss von Lobbyisten im Parlament. Neben diesem Einblick in die Bundespolitik bot die Reise natürlich auch reizvolle Ausblicke: So genossen die Männer vom „Frohsinn“ eine Bootstour auf der Spree und konnten vom Funkturm auf dem Alexanderplatz den Blick über die Hauptstadt kreisen lassen.



Der Männergesangsverein Frohsinn auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes

PLAY FAIR 2008: EINE AKTION GEGEN UNMENSCHLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER SPORTBEKLEIDUNGSINDUSTRIE

In der letzten Sitzung der AG Sport der SPD-Bundestagsfraktion stellte der DGB die Aktion Play Fair 2008 vor. Play Fair 2008 ist ein weltweiter Zusammenschluss von Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Arbeitsorganisationen, die im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 in Peking die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbedingungen in der globalen Sportbekleidungsindustrie lenken möchten.

Unter dem Namen „Play Fair bei Olympia“ hatten sich mehrere Organisationen schon 2003 mit dem Ziel zusammengeschlossen, Druck auf Unternehmen der Sportbekleidungsindustrie, das Internationale Olympische Komitee (IOK), seine Organisationskomitees für die Olympischen Spiele und die Nationalen Olympischen Komitees sowie auf nationale Regierungen auszuüben, damit sie konkrete und klare Maßnahmen ergreifen, um der Ausbeutung und Missbehandlung der größtenteils weiblichen Arbeiter in der weltweiten Sportbekleidungsindustrie ein Ende

zu setzen.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Peking und darüber hinaus wird diese Arbeit fortgesetzt. „Play Fair 2008“ ist der Meinung, dass zur effektiven Abschaffung des derzeitigen Systems der Ausbeutung und des Missbrauchs in der Sportbekleidungs- und -schuhindustrie zwei Dinge notwendig sind:

Zum einen müssen die Regierungen anerkennen, dass sie eine nationale wie internationale Verantwortung dafür haben, die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen und Unternehmen für ihre Geschäftspraktiken zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum anderen müssen die Beschäftigten in der Lage sein, sich zu organisieren und so ihre Interessen zu verteidigen. In China ist dies derzeit nicht möglich, da den Beschäftigten dort das grundlegende Recht verweigert wird, unabhängige Gewerkschaften zu gründen und mit ihren Unternehmen zu verhandeln. Die Olympischen Spiele sind sowohl eine symbolische als auch eine

praktische Gelegenheit sicherzustellen, dass diese Spiele den in der Olympischen Charta niedergelegten Idealen gerecht werden.

Die Menschen, die sich an den Wettkämpfen erfreuen, sollen sicher sein können, dass die Andenken und Kleidungsstücke, die sie erwerben, in Fabriken hergestellt wurden, in denen die Menschenwürde und die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter respektiert werden.

Sportinstitutionen wie das IOK, die durch Sponsoren- und Lizenzverträge einen gewissen Einfluss haben und alle Unternehmen, die Sportbekleidung, -schuhe und andere Sportartikel herstellen und vermarkten, sollten deutlich mehr Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Branche zeigen, als sie dies derzeit tun. Ich selbst war sehr beeindruckt von der Kampagne und werde sie intensiv unterstützen. Das können auch Sie auch unter:

<http://www.inkota.de/olympiaplayfair2008/>



Quelle: www.inkota.de

KEIN GELD FÜR EXTREMISTEN

Wer Verfassungsfeinden das Wasser abgraben will, muss ihre Finanzierungsquellen trockenlegen. Vereine und Stiftungen, die extremistisches Gedankengut fördern, sollen deshalb nicht mehr als gemeinnützig anerkannt werden und die damit einhergehenden Steuervorteile verlieren.

Im Finanzausschuss haben wir diese Regelung in das Jahressteuergesetz 2009 aufgenommen, in dem die steuerpolitische Weichen für das kommende Jahr gestellt werden.

Sofern direkt Verbote - wie im Falle des rechts-extremistischen

"Collegium Humanum" bzw. des "Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten"- nicht greifen ist finanzieller Druck das beste Mittel gegen die Extremisten.

Impressum:
Martin Gerster, MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Telefon: (030) 227 74711
Fax: (030) 227 76721
E-Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach:
Poststraße 7
88400 Biberach
Telefon: (07351) 300 3000
Fax: (07351) 300 3001
E-Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

V.i.S.d.P.
Martin Gerster, MdB

Redaktion und Layout

- Berlin:
Beate Klein
Oliver Stegemann
Alexander Geisler

- Biberach:
Wolfgang Heinzel

Die Redaktion freut sich
über Kritik und Anregungen.

Bürgersprechstunde

Die nächste Bürgersprech-
stunde findet am
Dienstag, 30. Juni 2008

statt. Von 10 bis 12 Uhr
stehe ich in meinem Büro
in Biberach, Poststraße 7,
für Gespräche jeder Art zur
Verfügung. Eine Anmeldung
ist nicht erforderlich.

Rückmeldung:

Wenn Sie den „Einblick“
künftig nicht mehr erhalten
möchten, schicken Sie bitte
eine Mail an mein Büro:
martin.gerster@bundestag.de

BUNDESWEHRSTANDORT UMMENDORF SCHRUMPF AUF 150 POSTEN

(Artikel aus der Schwäbischen Zeitung, Aus-
gabe Biberach, 30.04.2008)

UMMENDORF (sz/mac) - Die Bundes-
wehr ist dabei, den Standort Ummendorf
umzubauen. Dabei sollen für die derzeit
rund 300 Mitarbeiter lediglich 150
Dienstposten erhalten bleiben. Über die
Auswirkungen der Umstrukturierung
machten sich der Biberacher SPD-
Abgeordnete Martin Gerster und sein
Bundestagskollege, der Verteidigungsex-
perte Rainer Arnold, vor Ort ein Bild.

Fast fünf Stunden nahmen sich die bei-
den Bundestagsabgeordneten für den
Besuch in Ummendorf Zeit, um mit
Standortleitung, Personalrat und Ver-
trauensleuten über die aktuelle Situation
zu sprechen. „Dass wir Kompetenzen
bündeln und Logistik-Strukturen bei der
Luftwaffe neu organisieren müssen,
steht außer Frage“, so der verteidigungs-
politische Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion Rainer Arnold. Allein
die Tatsache, dass von derzeit 350 Tor-
nado-Flugzeugen langfristig nur 85 übrig
bleiben sollen, mache deutlich, dass
Veränderungen notwendig sind.

Geplant ist, die fünf selbstständigen In-
standhaltungsgruppen der Luftwaffe bis
2010 in zwei sogenannte Systemzentren
zu überführen. Ummendorf verliert dem-
nach vor allem Aufgaben aus den Berei-
chen Führung und Organisation Richtung
Erding.

Der hiesige SPD-Abgeordnete Martin
Gerster kritisierte die lange Hängepartie
für Soldaten und Zivilbeschäftigte am
Ummendorfer Standort. „Fast auf den
Tag genau vor einem Jahr haben die
Betroffenen von den Plänen aus den
Medien erfahren.“ Er hoffe, dass für alle
Betroffenen jetzt zügig akzeptable Lö-
sungen gefunden werden, beispielswei-
se über Härtefallregelungen und Al-
tersteilzeit. „Hinter diesen Entscheidun-
gen stehen Familien, das darf nicht ver-
gessen werden“, sagte Gerster. Deshalb
sei es gut, dass für alle Zivilbeschäftig-
ten ein tarifvertraglicher Kündigungss-
chutz gelte.

Beeindruckt waren Arnold und Gerster
von der Leistungsfähigkeit und der Leis-



Standortleiter Olaf Schob, Martin Gerster MdB, Rainer
Arnold MdB, Regimentskommandeur Herbert Hardt,
Bürgermeister Klaus Bernd Reichert

tungsbandbreite beim fast zweistündigen
Rundgang durch die Teilbereiche der Bun-
deswehr in Ummendorf. Mit dabei war auch
Oberst Herbert Hardt, zu dessen Regiment
Ummendorf gehört. Oberstleutnant Olaf
Schob brachte als Leiter der Luftwaffenin-
standhaltungsgruppe 12 mit seiner Mann-
schaft den Abgeordneten die Aufgabenfel-
der Hydraulik-Geräteinstandsetzung, Hyd-
raulik-Prüffeld und Fahrwerkinstandsetzung
bis hin zur Schleudersitzinstandsetzung
näher. Besonders interessiert waren sowohl
Arnold als auch Gerster an den Ausbil-
dungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr,
etwa dass die Soldaten Spezialisierungen
an den jeweiligen Geräten durchlaufen.
„Wer hier ausgebildet wird, ist auch in der
freien Wirtschaft gefragt“, so Gerster. Die
teilweise renovierten Unterkünfte der Solda-
ten wurden ebenfalls angeschaut. „Oft ka-
men Soldaten ins Bürgerbüro und sagten,
dass sie eine verantwortungsvolle und wich-
tige Aufgabe bei der Bundeswehr hätten –
also auch einen Anspruch haben auf einen
zeitgemäße Unterkunft. Es ist gut, dass das
Sanierungsprogramm läuft“, so Gerster.

Auch die vor vier Jahren mit Gesamtkosten
von 16 Millionen Euro in Betrieb genomme-
ne modernste Galvanik-Anlage nahmen die
Bundestagsmitglieder ins Visier. „Dass die-
se, in Deutschland einzigartige Anlage in
Ummendorf steht, sichert auch langfristig
den Bundeswehrstandort Ummendorf“, ver-
sicherte der Verteidigungsexperte Arnold
auch dem später hinzugekommenen Bür-
germeister Klaus Reichert. „Die Bundes-
wehr tut gut daran, solche Säulen pfleglich
zu behandeln, auch angesichts des Arbeits-
marktes.“ Auch wenn jetzt Teilbereiche ver-
legt werden, so Arnold, am Festhalten des
Standorts insgesamt gebe es keinen Zwei-
fel.